

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Dezember 1979

Evangelische Verantwortung

Heft 12/1979

An der Schwelle eines neuen Jahrzehnts

Lieber Leser!

Die Sorge um die Zukunft gehört zum menschlichen Leben. In unseren Tagen schlägt diese Sorge häufig in Angst um und es gibt nicht wenige Menschen, die die Zukunft als ausweglos betrachten. Es geht dabei nicht nur um die Sorge um das tägliche Brot und um den Arbeitsplatz, um Probleme der Schule und Ausbildung, Gesundheit und Krankheit oder um die Chancen des Berufs, den ein Jugendlicher ergreift. Vielfach sind es auch die Sorgen, die über den persönlichen Bereich hinausgehen, es sind Sorgen um die Familie, um die Gemeinschaft oder gar die Sorgen um Volk und Staat. In der heutigen Zeit sind weitere Sorgen und Ängste hinzugekommen, insbesondere um das Leben auf unserer Erde schlechthin. Ich verweise auf die Umweltfragen und auf die Debatten um die Sicherung der Rohstoffversorgung, wie sie auf der jüngsten Weltwirtschafts- und Seerechtskonferenz zum Ausdruck gekommen sind.

Der große Optimismus der letzten Jahre ist weithin verfliegen. Wir hatten einmal gehört, daß alles machbar sei. In Bezug auf die Wirtschaftskrisen wurde uns gesagt, zu diesen könnte es nicht mehr kommen, denn mit den heutigen Konzepten und Instrumenten, in den Schubläden griffbereit, könnten alle Probleme gelöst werden. Die soziale Sicherheit wurde besonders durch die dynamische Rente in unserem Lande stark gesteigert und alle waren der Auffassung, daß auch hier keine Gefahren bestünden. Der Glaube an die internationalen Verträge, nicht zuletzt an die UNO, wurde so fest, daß der Friede für viele gesichert schien. Der technische und wissenschaftliche Fortschritt war in den letzten Jahren enorm. Mit der Herztransplantation gelang der Medizin eine völlig neue Behandlungsmethode. Die Wissenschaftler erreichten mit dem Flug zum Mond und dem „Spaziergang auf dem Mond“ einen ungeahnten Erfolg. Entsprechend waren auch die wirtschaftlichen Fortschritte, die uns zum Teil als „Abfallprodukte“ der Weltraumforschung zuteil wurden. Alles schien machbar.

Doch bald stellte sich heraus, daß die Wirklichkeit anders war und ist. Inflationäre Entwicklungen bei uns und noch stärker in anderen Ländern sind an der Tagesordnung. Nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklung haben wir uns mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in mehr oder minder starkem Ausmaß in diesen Jahren auseinandersetzen und die Sorgen um die Zukunft der Arbeitsplätze sind auch in der westlichen Welt sehr groß geworden. Es gibt Berechnungen, die hier erschreckend hohe Zahlen von Arbeitslosen für die Zukunft voraussagen. Auch im sozialen Bereich gab es sichtbare Grenzen. Ich erinnere nur an die praktische Beseitigung der brutto-lohnbezogenen dynamischen Rente. Aber auch die Gefahr von Kriegen ist nicht gebannt; sie ist eher noch stärker geworden. In Europa haben wir bei hohen Rüstungsausgaben Frieden, aber was sich in Ostasien an kriegerischen Auseinandersetzungen abspielt, an Flüchtlingselend und an Hunger, hat nach meiner Meinung Dimensionen erreicht, die jene des 2. Weltkrieges übertreffen. Die Angst vor einem neuen Krieg in Europa, die Sorge über die zunehmende Rüstung, über Raketen und Atombomben sind nicht geringer, sondern eher größer geworden. Noch vor einigen Jahren schien bei uns die Kernenergie als die große Lösung, um sich der Sorgen um die Energieversorgung entledigen zu können. Auch in diesem Bereich herrschen nunmehr Furcht und zum Teil Ablehnung, wie die Demonstrationen gegen die Kernenergie in unserem Lande und die Verhinderung des Baues von Kernkraftwerken zeigen. Die Sorgen um die Umwelt, um die Landschaft, um Wasser und Luft haben ein Ausmaß erreicht wie nie zuvor. Die moderne Architektur, die sich in Glaspalästen darstellte, ist in Frage gestellt, weil man heute in erster Linie von Wärmeschutz und Wärmedämmung spricht. Die Kohle, deren Verbrauch man in breiten Bereichen als überholt ansah, feiert eine Renaissance.

Dies sind einige der Überraschungen des letzten Jahrzehnts und man kann sie noch verdeutlichen, wenn man die Formulierung von einst – aus allen Poren fließt Öl – heute mit der bangen Frage konfrontiert: wann wird man uns den Ölhahn zudrehen?

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Dezember 1979

Evangelische Verantwortung

Heft 12/1979

An der Schwelle eines neuen Jahrzehnts

Lieber Leser!

Die Sorge um die Zukunft gehört zum menschlichen Leben. In unseren Tagen schlägt diese Sorge häufig in Angst um und es gibt nicht wenige Menschen, die die Zukunft als ausweglos betrachten. Es geht dabei nicht nur um die Sorge um das tägliche Brot und um den Arbeitsplatz, um Probleme der Schule und Ausbildung, Gesundheit und Krankheit oder um die Chancen des Berufs, den ein Jugendlicher ergreift. Vielfach sind es auch die Sorgen, die über den persönlichen Bereich hinausgehen, es sind Sorgen um die Familie, um die Gemeinschaft oder gar die Sorgen um Volk und Staat. In der heutigen Zeit sind weitere Sorgen und Ängste hinzugekommen, insbesondere um das Leben auf unserer Erde schlechthin. Ich verweise auf die Umweltfragen und auf die Debatten um die Sicherung der Rohstoffversorgung, wie sie auf der jüngsten Weltwirtschafts- und Seerechtskonferenz zum Ausdruck gekommen sind.

Der große Optimismus der letzten Jahre ist weithin verflogen. Wir hatten einmal gehört, daß alles machbar sei. In Bezug auf die Wirtschaftskrisen wurde uns gesagt, zu diesen könnte es nicht mehr kommen, denn mit den heutigen Konzepten und Instrumenten, in den Schubläden griffbereit, könnten alle Probleme gelöst werden. Die soziale Sicherheit wurde besonders durch die dynamische Rente in unserem Lande stark gesteigert und alle waren der Auffassung, daß auch hier keine Gefahren beständen. Der Glaube an die internationalen Verträge, nicht zuletzt an die UNO, wurde so fest, daß der Friede für viele gesichert schien. Der technische und wissenschaftliche Fortschritt war in den letzten Jahren enorm. Mit der Herztransplantation gelang der Medizin eine völlig neue Behandlungsmethode. Die Wissenschaftler erreichten mit dem Flug zum Mond und dem „Spaziergang auf dem Mond“ einen ungeahnten Erfolg. Entsprechend waren auch die wirtschaftlichen Fortschritte, die uns zum Teil als „Abfallprodukte“ der Weltraumforschung zuteil wurden. Alles schien machbar.

Doch bald stellte sich heraus, daß die Wirklichkeit anders war und ist. Inflationäre Entwicklungen bei uns und noch stärker in anderen Ländern sind an der Tagesordnung. Nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklung haben wir uns mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in mehr oder minder starkem Ausmaß in diesen Jahren auseinanderzusetzen und die Sorgen um die Zukunft der Arbeitsplätze sind auch in der westlichen Welt sehr groß geworden. Es gibt Berechnungen, die hier erschreckend hohe Zahlen von Arbeitslosen für die Zukunft voraussagen. Auch im sozialen Bereich gab es sichtbare Grenzen. Ich erinnere nur an die praktische Beseitigung der brutto-lohnbezogenen dynamischen Rente. Aber auch die Gefahr von Kriegen ist nicht gebannt; sie ist eher noch stärker geworden. In Europa haben wir bei hohen Rüstungsausgaben Frieden, aber was sich in Ostasien an kriegerischen Auseinandersetzungen abspielt, an Flüchtlingselend und an Hunger, hat nach meiner Meinung Dimensionen erreicht, die jene des 2. Weltkrieges übertreffen. Die Angst vor einem neuen Krieg in Europa, die Sorge über die zunehmende Rüstung, über Raketen und Atombomben sind nicht geringer, sondern eher größer geworden. Noch vor einigen Jahren schien bei uns die Kernenergie als die große Lösung, um sich der Sorgen um die Energieversorgung entledigen zu können. Auch in diesem Bereich herrschen nunmehr Furcht und zum Teil Ablehnung, wie die Demonstrationen gegen die Kernenergie in unserem Lande und die Verhinderung des Baues von Kernkraftwerken zeigen. Die Sorgen um die Umwelt, um die Landschaft, um Wasser und Luft haben ein Ausmaß erreicht wie nie zuvor. Die moderne Architektur, die sich in Glaspalästen darstellte, ist in Frage gestellt, weil man heute in erster Linie von Wärmeschutz und Wärmedämmung spricht. Die Kohle, deren Verbrauch man in breiten Bereichen als überholt ansah, feiert eine Renaissance.

Dies sind einige der Überraschungen des letzten Jahrzehnts und man kann sie noch verdeutlichen, wenn man die Formulierung von einst – aus allen Poren fließt Öl – heute mit der bangen Frage konfrontiert: wann wird man uns den Ölhahn zudrehen?

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Dezember 1979

Evangelische Verantwortung

Heft 12/1979

An der Schwelle eines neuen Jahrzehnts

Lieber Leser!

Die Sorge um die Zukunft gehört zum menschlichen Leben. In unseren Tagen schlägt diese Sorge häufig in Angst um und es gibt nicht wenige Menschen, die die Zukunft als ausweglos betrachten. Es geht dabei nicht nur um die Sorge um das tägliche Brot und um den Arbeitsplatz, um Probleme der Schule und Ausbildung, Gesundheit und Krankheit oder um die Chancen des Berufs, den ein Jugendlicher ergreift. Vielfach sind es auch die Sorgen, die über den persönlichen Bereich hinausgehen, es sind Sorgen um die Familie, um die Gemeinschaft oder gar die Sorgen um Volk und Staat. In der heutigen Zeit sind weitere Sorgen und Ängste hinzugekommen, insbesondere um das Leben auf unserer Erde schlechthin. Ich verweise auf die Umweltfragen und auf die Debatten um die Sicherung der Rohstoffversorgung, wie sie auf der jüngsten Weltwirtschafts- und Seerechtskonferenz zum Ausdruck gekommen sind.

Der große Optimismus der letzten Jahre ist weithin verfliegen. Wir hatten einmal gehört, daß alles machbar sei. In Bezug auf die Wirtschaftskrisen wurde uns gesagt, zu diesen könnte es nicht mehr kommen, denn mit den heutigen Konzepten und Instrumenten, in den Schubläden griffbereit, könnten alle Probleme gelöst werden. Die soziale Sicherheit wurde besonders durch die dynamische Rente in unserem Lande stark gesteigert und alle waren der Auffassung, daß auch hier keine Gefahren beständen. Der Glaube an die internationalen Verträge, nicht zuletzt an die UNO, wurde so fest, daß der Friede für viele gesichert schien. Der technische und wissenschaftliche Fortschritt war in den letzten Jahren enorm. Mit der Herztransplantation gelang der Medizin eine völlig neue Behandlungsmethode. Die Wissenschaftler erreichten mit dem Flug zum Mond und dem „Spaziergang auf dem Mond“ einen ungeahnten Erfolg. Entsprechend waren auch die wirtschaftlichen Fortschritte, die uns zum Teil als „Abfallprodukte“ der Weltraumforschung zuteil wurden. Alles schien machbar.

Doch bald stellte sich heraus, daß die Wirklichkeit anders war und ist. Inflationäre Entwicklungen bei uns und noch stärker in anderen Ländern sind an der Tagesordnung. Nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklung haben wir uns mit dem Problem der Arbeitslosigkeit in mehr oder minder starkem Ausmaß in diesen Jahren auseinandersetzen und die Sorgen um die Zukunft der Arbeitsplätze sind auch in der westlichen Welt sehr groß geworden. Es gibt Berechnungen, die hier erschreckend hohe Zahlen von Arbeitslosen für die Zukunft voraussagen. Auch im sozialen Bereich gab es sichtbare Grenzen. Ich erinnere nur an die praktische Beseitigung der brutto-lohnbezogenen dynamischen Rente. Aber auch die Gefahr von Kriegen ist nicht gebannt; sie ist eher noch stärker geworden. In Europa haben wir bei hohen Rüstungsausgaben Frieden, aber was sich in Ostasien an kriegerischen Auseinandersetzungen abspielt, an Flüchtlingseleid und an Hunger, hat nach meiner Meinung Dimensionen erreicht, die jene des 2. Weltkrieges übertreffen. Die Angst vor einem neuen Krieg in Europa, die Sorge über die zunehmende Rüstung, über Raketen und Atombomben sind nicht geringer, sondern eher größer geworden. Noch vor einigen Jahren schien bei uns die Kernenergie als die große Lösung, um sich der Sorgen um die Energieversorgung entledigen zu können. Auch in diesem Bereich herrschen nunmehr Furcht und zum Teil Ablehnung, wie die Demonstrationen gegen die Kernenergie in unserem Lande und die Verhinderung des Baues von Kernkraftwerken zeigen. Die Sorgen um die Umwelt, um die Landschaft, um Wasser und Luft haben ein Ausmaß erreicht wie nie zuvor. Die moderne Architektur, die sich in Glaspalästen darstellte, ist in Frage gestellt, weil man heute in erster Linie von Wärmeschutz und Wärmedämmung spricht. Die Kohle, deren Verbrauch man in breiten Bereichen als überholt ansah, feiert eine Renaissance.

Dies sind einige der Überraschungen des letzten Jahrzehnts und man kann sie noch verdeutlichen, wenn man die Formulierung von einst – aus allen Poren fließt Öl – heute mit der bangen Frage konfrontiert: wann wird man uns den Ölhahn zudrehen?

Wer hätte daran geglaubt, daß die Entwicklung in Teheran und damit dem Iran einen solchen Wandel bringen würde. Das naheliegende Afghanistan ist gleichfalls in einer Krise und in Äthiopien wurde die Herrschaft eines Kaisers durch eine kommunistische Diktatur abgelöst, die nicht zuletzt auch den Christen furchtbare Leiden auferlegten. Über Südamerika schweben dunkle Wolken und über Südafrika macht man sich Sorgen, ob dort eine friedliche Entwicklung möglich sein wird. Denn manche „Befreiung“ von Diktaturen hat im Grunde nur den Wechsel zu einer neuen Diktatur gebracht.

Es hat sich gezeigt, wie sehr doch bei all diesen Fragen der Politik auch Persönlichkeiten eine Rolle spielen. Viele in Deutschland demonstrierten gegen den Schah und forderten seine Ablösung. Heute wissen wir, daß die Ablösung des Schah-Regimes durch Khomeini zu einer nicht geringeren Gewaltherrschaft geführt hat. Heute macht man sich Sorgen über das Verhalten des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Andere fragen, wer folgt ihm nach? Auch der Gedanke an einen Führungswechsel im Kreml oder in Jugoslawien erfüllt manche mit Sorgen. So sind die Unwägbarkeiten unserer Tage auch von Persönlichkeiten her größer geworden.

Deshalb stellt sich mancher die Frage: wer bestimmt eigentlich unsere Zukunft? „Männer machen Geschichte“ war ein großes Schlagwort der 30er Jahre gewesen. Nicht wenige Bürger unserer Zeit glauben an den gesetzlichen Ablauf der Geschichte. Andere sahen die Zukunft bestimmt in Wohl oder Wehe, je nach dem ob man eine Demokratie oder Diktatur schuf. Die Futurologen sind der Meinung, daß man mit der Erfassung von Fakten letztenendes die weitere Entwicklung weitgehend vorausberechnen kann. Jeder von uns hat sicherlich auch persönliche Erfahrungen, wie weit er seine Zukunft bestimmen kann.

Wenn wir den Lauf der Geschichte nach diesen Beispielen sehen und vielleicht unsere persönlichen Erfahrungen hinzufügen, dann werden wir feststellen müssen, daß eben nicht jeder einzelne sein persönliches Leben selbst und total bestimmen kann und auch ein Volk nicht in der Lage ist, seine Zukunft völlig nach den politischen Zielsetzungen zu gestalten.

Wir sollten uns daher wieder klar darüber werden, daß Gott der Herr der Geschichte ist. Die Bibel zeigt uns den Menschen in seinen Sorgen und Nöten. Dieses Menschenbild wieder aufzuzeigen halte ich für richtig und notwendig. Wir haben den Menschen zu sehr idealisiert und wir haben geglaubt, daß er in der

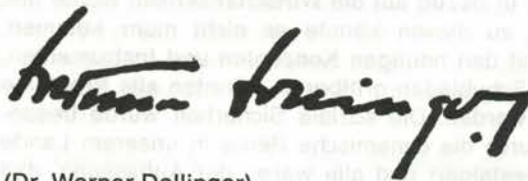
Lage sei, alles zu machen. In Wirklichkeit ist der Mensch auch heute noch auf dem Wege zum Tode und seine Fähigkeiten sind begrenzt. Wir sollten also keine Idealisierung betreiben und keinen Utopien und Illusionen nachjagen. Wir sollten wissen, wie Luther sagt: „Mit unserer Macht ist nichts getan, wir sind gar bald verloren.“

So können Christen als Realisten auch in Bezug auf die Frage nach der Zukunft eine Antwort geben. Wir sollten uns auch bemühen, dies auch im Alltag deutlich zu machen und uns nicht ins Ghetto der Familie oder der Kirche zurückzuziehen. Wir sollten wissen, daß wir den Auftrag haben, die Botschaft Christi weiter zu tragen und das gilt gerade für das Missionarische Jahr 1980. An Weihnachten begann die Offenbarung durch Gott und durch Christus. Wir wissen um die Endlichkeit dieses Lebens und dieser Erde. Wir haben aber den Auftrag alles zu tun, damit das Leben nach Gottes Geboten erfüllt wird. Es ist deshalb erfreulich, daß beide Kirchen in ihrer Denkschrift „Grundwerte und Gottes Gebot“ ganz deutlich die Bedeutung der Zehn Gebote für uns und damit für das menschliche Zusammenleben herausstellten. Wenn wir also von der Sorge um die Zukunft sprechen, dann können wir Christen immer wieder sagen, was der Herr uns gesagt hat: „Ich bin bei Euch alle Tage, bis an der Welt Ende.“ Damit hat er den Auftrag verbunden, uns nicht fatalistisch zu ergeben, sondern mitzuarbeiten, das Gemeinschaftsleben der Menschen zu gestalten und dafür zu sorgen, daß Gottes gute Schöpfung erhalten bleibt. Ich erinnere an die Losung des 18. Deutschen Evangelischen Kirchentages in Nürnberg 1979: „Zur Hoffnung berufen“.

Mögen wir uns über Weihnachten und Neujahr auch mit diesen Gedanken etwas beschäftigen, damit wir als Christen nicht übertriebenen Optimismus und nicht lähmenden Pessimismus ausstrahlen, sondern als getröstete Menschen fröhlich unseren Weg in die Zukunft ziehen und mit diesem Beispiel vielleicht auch anderen helfen.

Mit den besten Wünschen
für eine gesegnete Weihnacht.

Ihr



(Dr. Werner Dollinger)

*Allen Lesern der „Evangelischen Verantwortung“
wünschen wir
eine gesegnete Weihnacht und ein glückliches neues Jahr*

Aus unserer Arbeit

CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete in der Diskussion über „Grundwerte und Gottes Gebot“

Bonn: Auf großes Interesse bei den Mitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion traf die Informationsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises zu der gemeinsamen Erklärung der Evangelischen Kirche und der Deutschen Bischofskonferenz „Grundwerte und Gottes Gebot“ am 29. November im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn.

Im Namen des Bundesvorstandes des EAK begrüßte MdB Hans-Adolf de Terra die Mitglieder der gemeinsamen Kommission beider Kirchen Professor Mikat, MdB, Professor Martin Honecker, Dr. Spieker und Kirchenrat Winkler.

Unter den Teilnehmern des Gespräches befanden sich u. a. auch der Ehrevorsitzende des EAK, Bundesminister a. D. Dr. Gerhard Schröder MdB sowie der Präses der Synode der EKD, Cornelius A. von Heyl.

Professor Mikat betonte, daß die Kirchen die gemeinsame Erklärung als Dienst an der Gemeinschaft betrachten. In die Zehn Gebote sind die gesamten großen Erfahrungen der Menschheit zur Zeit ihrer Entstehung eingegangen. Durch sie spricht Gott auch in die konkrete Zeit hinein. Das aus christlicher Sicht Gebotene hat auch für nichtgläubige Bürger, „weil es vernünftig ist“, verbindliche Kraft. Diesen Gesichtspunkt unterstrich auch Professor Honecker. Selbst dort, wo man sich in der Gesellschaft nur noch antithetisch mit der Tradition auseinandersetzt, habe die kulturschaffende Kraft der Religion prägend gewirkt. Er hob hervor, daß die Gemeinsamkeit der Kirchen in Wirklichkeit schon sehr viel größer sei, als dies im öffentlichen Bewußtsein verankert sei. Die Kirchen hätten nicht primär die Aufgabe, Lieferanten eines Ethos zu sein. Ihr Auftrag sei die Heilsverkündigung. So sei die gemeinsame Erklärung auch als theologisches Wort, nicht als moralische Ermahnung zu verstehen.

Die Teilnehmer waren sich einig, daß in der gemeinsamen Erklärung sittliche Verhaltensweisen auch für den Politiker gegeben werden. Es gebe zwar keine „christliche Politik“, aber eine Politik, die von Christen gemacht wird. Für das Handeln von Christen in der Politik kann die gemeinsame Erklärung eine Hilfe, eine „Meßlatte“ in entscheidenden Situationen sein.

Professor Honecker hob weiterhin hervor, daß die Erklärung eine „Zumutung an die Politiker“ sei, ihr Handeln auf ethischer Grundlage aufzubauen. Die Erklärung will und kann nicht das politische Instrumentarium vorwegnehmen. Aber bei der Umsetzung der Erklärung ist stets zu prüfen, ob bestimmte Grundgegebenheiten menschlichen Zusammenlebens in der Politik verwirklicht werden.

Erlanger EAK-Vorstand will Arbeit aktivieren

Erlangen: Der Evangelische Arbeitskreis der CSU in Erlangen wird zukünftig häufiger aktuelle politische Fragestellungen aufgreifen und sich um Antworten bemühen, die vom evangelischen Bekenntnis her formuliert sind. Das ergab die Aussprache zum Rechenschaftsbericht seines Vorsitzenden Helmut Heidrich in der EAK-Mitgliederversammlung. Mit Interesse nahm die Versammlung die Information auf, daß die F.D.P. ihren damaligen Fehlgriff „Kirchenpapier“ revidieren und unter Mitwirkung von Hermann Greifenstein vom Landeskirchenrat, ebenfalls einen evangelischen Arbeitskreis bilden will. Mit Bezug auf das politische Engagement von Oberkirchenräten bemerkte Prof. Dr. theol. Adalbert Hudak, daß man sich auch CSU-seitig von den Repräsentanten des Protestantismus mehr Mut zum Bekenntnis in manchen politischen Auseinandersetzungen wünschen müsse. Die Neuwahlen zum Vorstand erbrachten nur eine Änderung, denn außer dem Vorsitzenden Helmut Heidrich wurden auch die bisherigen Bei-

sitzer Erna Wölfel, Hermann Drechsler, Willi Götz und Pfarrer Johannes Pickel mit großen Mehrheiten wiedergewählt. Neu kam Hans Löslein in den Vorstand.

EAK-Kiel verstärkt seine Öffentlichkeitsarbeit

Kiel: Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU will stärker sein Arbeits- und Aufgabenfeld in der Öffentlichkeit darstellen. Es genügt nicht, nur in die CDU hineinzuwirken, sondern es gelte besonders auch, in jene Kreise hineinzuwirken, die als Christen skeptisch politischen Entscheidungen gegenüber stehen. Das erklärte auf der Kieler Jahreshauptversammlung des EAK der wiedergewählte EAK-Vorsitzende, Dr. Heinz Zimmermann-Stock. Da sein Arbeitskreis keine Parteiorganisation sei, sei er auch offen für Nicht-Mitglieder der CDU und wünsche geradezu auch deren Mitarbeit.

Stellvertretende Vorsitzende wurde erneut Monika HARRS, für die Pressearbeit zeichnet Thomas Vogt-

Aus dem Inhalt

An der Schwelle eines neuen Jahrzehnts	1
Aus unserer Arbeit	3
Was ist eigentlich mit dem WDR los? Gerhard Rödding	5
Kurz notiert	6, 8, 10
Gesamtschule – Schule der Zukunft? Grete Schneider	7
Ein offener Brief von Kai-Uwe von Hassel an Heinrich Albertz	11
Buchbesprechungen	12
250 Jahre „Losungen“ der Brüdergemeine Roland Velten	13
Der Auftrag Evangelischer Akademien	14
Dank an Dr. Peter Egen	16

herr verantwortlich. Bei der Wahl der Beisitzer wurde u. a. Ute Mehnert wiedergewählt.

Der neugewählte EAK-Vorstand traf sich am nächsten Tag mit dem EAK-Bundesvorsitzenden und Kultusminister von Baden-Württemberg, Prof. Dr. Roman Herzog, zu einem Arbeitsgespräch über Themen wie Christliche Jugendarbeit, Teilnahme am Kirchentag, Probleme der Arbeitswelt und der modernen Technik mit ihren Auswirkungen auf den Menschen.

Dank an Dr. Gerda Vöge

Darmstadt: Der EAK der CDU in Darmstadt wählte kürzlich einen neuen Vorstand. Die langjährige Vorsitzende, Frau Dr. Gerda Vöge, kandidierte nicht wieder.

Es wurden gewählt: 1. Vorsitzender – Michael Bergmann. 2. Stellvertretender Vorsitzender – Wilhelm Roth. 3. Beisitzer – Ilse Adam und Evelyn Breitmeier.

Der EAK Darmstadt wird getreu der bis heute an Aktualität nichts verlorenen Gesamtentschließung der 3. Bundestagung des EAK in Wuppertal vom 13. Juni 1954 und dem Grundsatzprogramm der CDU seine Arbeit aufnehmen. In diesem Zusammenhang wird der neue Vorstand sich u. a. davon leiten lassen, daß christlich demokratische Politik nicht unter dem falsch verstandenen Motto des „Christlichen als nur eines möglichen Problemlösungspotentials neben vielen anderen“ betrieben wird. Einer der Schwerpunkte der Arbeit wird die Familienpolitik sein.

Zum Schluß der Mitgliederversammlung dankte der neue Vorsitzende Frau Dr. Vöge für den langjährigen aufopferungsvollen Einsatz und der bekundeten Bereitschaft, dem EAK in Darmstadt weiterhin mit ihrem sachkundigen Rat zur Seite zu stehen.

Grundwerte und Gottes Gebot

Bonn: Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU, Kultusminister

Professor Dr. Roman Herzog, hat die kürzlich veröffentlichte gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz „Grundwerte und Gottes Gebot“ begrüßt.

Diese Erklärung stellt nach Ansicht Herzogs einen wichtigen Beitrag dar, die Grundwertedebatte weiter fortzuführen und zu konkretisieren. Für die Parteien ist die Formulierung christlicher Sollensnormen, die für alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens Gültigkeit haben, eine wertvolle Hilfe. Sie wird über die Pluralität der Meinungen hinweg die Grundwertedebatte vertiefen und befruchten und ist geeignet, einer vielfach verunsicherten Gesellschaft Orientierungshilfe auf christlicher Basis zu geben. Dies gilt in besonderer Weise gegenüber einer nach festen ethischen Wertmaßstäben suchenden Jugend.

Die konkreten Aussagen der Erklärung, so insbesondere zum Schutz der Familie, zum Schutz des Lebens und der Bedeutung des persönlichen und des Gemeineigentums werden nicht ohne Auswirkungen auch auf die konkrete Tagespolitik bleiben.

Der Evangelische Arbeitskreis wird innerhalb der CDU/CSU auf der Basis des christlichen Verständnisses von der Würde des Menschen bemüht sein, auch in Zukunft seinen Beitrag zur Weiterführung der Grundwertedebatte zu leisten.

Carl-Dieter Spranger gewählt

Ansbach: Mit überwältigender Mehrheit wurde Bundestagsabgeordneter Carl-Dieter Spranger zum neuen Vorsitzenden des Bezirksverbandes Mittelfranken des Evangelischen Arbeitskreises der CSU gewählt.

„Der Protestantismus und die politische Lage“ war das Referat überschrieben, mit dem der Landesvorsitzende des EAK, Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, die Bezirksversammlung des Evangelischen Arbeitskreises im Restaurant der Orangerie einleitete. Wenn

er, Dollinger, schlicht vom „Protestantismus“ in seiner Gesamtheit rede, dann wolle er damit zum Ausdruck bringen, welcher „breiter Raum“ hier gemeint sei. Immerhin seien in der Bundesrepublik unter dem losen Dachverband der EKD 17 Landeskirchen vereinigt. „In den Sachen Gottes Ehr und unserer Seelen Seligkeit belangend, muß jeder Einzelne selbstverantwortlich vor Gott stehen ...“, erinnerte er an den Reichstag zu Speyer vor 450 Jahren. Dies beinhalte eine klare Absage an jeglichen Kollektivismus.

Die „Freiheit eines Christenmenschen“, so gebrauchte Dollinger ein Wort von Luther, mache den Protestanten aus. Diese Freiheit sei abgedeckt durch das Doppel-Gebot der Liebe und die Zehn Gebote.

Gerade die Zehn Gebote müßten wieder ins Bewußtsein der jungen Menschen gerufen werden.

Die Jugend empfinde verstärkt eine „neue Religiosität“, die mit der wiederholten Frage nach dem Sinn des Lebens und der Angst vor der Zukunft verbunden sei.

In den sich anschließenden Wahlgängen zur Neu-Konstituierung des EAK-Bezirksverbandes von Mittelfranken, wurde der Ansbacher Bundestagsabgeordnete Carl-Dieter Spranger zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt.

Als dessen Stellvertreter gingen aus der Wahl der Hersbrucker Bundestagsabgeordnete Klaus Hartmann sowie Helmut Heidrich aus Erlangen hervor.

Thomas Schmitt aus Rummelsberg fungiert als Schriftführer, Gustav Emmerling, Neuendettelsau, als Kassierer.

Zu Beisitzern wurde gewählt: Hermann Bauereiß, Lenkersheim; Alfred Seyferlein, Herrieden; Elsa Wölfel, Erlangen; Dr. Barth, Schwabach; Robert Pfeifer, Markt Tschendorf; Hans-Jürgen Hopf, Rummelsberg; Lotte Bäumler, Röthenbach/Pegnitz; Hans Becker, Ansbach; Friedrich Heyder, Weiboldshausen; Josef Gottschlich, Götzenburg.

Carl-Dieter Spranger will eine intensive Zusammenarbeit mit der Kirche anstreben, ein partnerschaftliches Verhältnis, welches auf gegenseitiges Vertrauen und Unabhängigkeit gegründet sein müsse.

Was ist eigentlich mit dem WDR los?

Gerhard Rödding

Dr. Gerhard Rödding, Landeskirchenrat und zugleich Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Westfalen-Lippe ist Mitglied des WDR-Rundfunkrates. In seinem Artikel lehnt er — zu Recht — jede Pauschalkritik am WDR ab — doch setzt er sich an Hand einer Reihe belegbarer und nachprüfbarer Vorgänge kritisch mit der ideologischen Ausrichtung verschiedener Sendungen auseinander. Wer Gerhard Rödding und seine immer ausgewogene Beurteilungsweise kennt, wird unschwer die Tragweite der Kritik richtig dimensionieren.

Zunächst muß bei aller Kritik betont werden, daß es im WDR hervorragende Mitarbeiter gibt. Jede Pauschalierung muß vermieden werden. Es gibt gute Kameramänner, es gibt in der Technik hervorragende Mitarbeiter und selbstverständlich gibt es auch hervorragende Journalisten und Redakteure. Trotzdem hat man den Eindruck, daß an manchen Stellen erheblicher Anlaß zur Kritik ist; denn dort mangelt es schlicht an Qualität und sorgfältiger journalistischer Arbeit. Lassen Sie mich dazu einige Beispiele anführen:

1. Es soll eine Sendung über die katholische Kirche in Angola gemacht werden. Der verantwortliche Redakteur, ein Theologe ohne 2. theologisches Examen, also ohne ordentlichen Abschluß, steht unter dem Vorurteil, die katholische Kirche in Angola war identisch mit der portugiesischen Kolonialmacht. Dieses Vorurteil wird an keiner Stelle in Frage gestellt. Kein Vertreter der katholischen Kirche selbst kommt zu Wort, kein offizielles Dokument, kein katholischer Bischof. Die Eigendarstellung der katholischen Kirche wird vermieden. Lediglich ein Vertreter der methodistischen Kirche erhält Gelegenheit zu einem Interview.

Diese Sendung ist im Programmbeirat ausdrücklich behandelt worden. Die Leitung des Hauses hat zugegeben, daß dies eine journalistische Fehlleistung war. Auch im Rundfunkrat ist darüber gesprochen worden. Geschehen aber ist nichts.

Der gleiche Mitarbeiter ist im gleichen Bereich tätig und kann weitere Sendungen dieser Art vorbereiten.

2. Der gleiche verantwortliche Redakteur gestaltet eine Sendung über die Evangelische Kirche in Deutschland und die Kriegsdienstverweigerung. Dabei ist die Grundthese, daß die Evangelische Kirche in Deutschland in dieser Frage in einem diametralen Gegensatz zu den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes stehe. Aber keines der offiziellen Dokumente, von denen es ja eine Reihe im Bereich der evangelischen Kirche gibt, wird zitiert. Auch nicht der Beauftragte für Fragen der Kriegsdienstverweigerer kommt zu Wort. Auch die Kirchenkanzlei der EKD, die auf diesem Gebiet besonders sachkundige Mitarbeiter besitzt, wird nicht gehört. Sondern als Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland tritt der Bremer Pfarrer Ulrich Finckh auf, der Vorsitzender einer privaten Vereinigung von Kriegsdienstverweigerern ist. Ein solches Verfahren ist journalistisch unsauber und verrät die Absicht. Ich habe all dies in langen Korrespondenzen beanstandet, aber geändert hat sich nichts.

3. Die Industriegeschichte des Siegerländer Raumes und der Grafschaft Mark soll dargestellt werden. Der Verfasser des Manuskripts geht von dem Vorurteil aus, daß Unternehmer die Arbeiter ausbeuten und daß im Hintergrund ein großer Monopolkapitalist steht, der alles steuert. So sagt der Verfasser zwar, daß manche Schwierigkeit für die Industrie dieses Raumes dadurch entstanden ist, daß sich an der Ruhr eine Großindustrie entwickelte, die unter besseren äußeren Bedingungen arbeiten konnte als die Unternehmen in den Sauerländer Bergen. Aber dies wird gleichzeitig dadurch bewertet, daß eine Sprache verwandt wird, die in den Bereich des Marxismus gehört. Es wird behauptet, daß der Monopolkapitalismus an der Ruhr die kleinen Unternehmer in Lüdenscheid abhängig gemacht habe und

daß diese dann nichts anderes tun konnten, als ihre Arbeiter auszubeuten. Das ist für den Verfasser eine klare Sache. Historische Darstellung und Bewertung werden durcheinander gebracht, wobei sich gerade die Qualität eines historisch arbeitenden Journalisten darin erweisen müßte, beides voneinander zu trennen.

4. Eine Sendung zum 10. Todestag von Adorno, dem Frankfurter Soziologen, wird gesendet. Darin wird gesagt, daß die „Meinungspolizei in unserem Lande“ verhindert habe, die Gedanken von Adorno, Marcuse und Horkheimer zu verbreiten. Auf meine Frage, wer mit „Meinungspolizei in unserem Lande“ gemeint sei, antwortete der Hörfunkdirektor, diese Formulierung sei ironisch zu verstehen, was man aus dem Zusammenhang deutlich habe ersehen können. Hier ist zu fragen, ob man im WDR verantwortlich genug mit dem Wort umgeht und ob es erlaubt sein darf, solche Begriffe wie „Meinungspolizei“ in Bezug auf die Bundesrepublik in die Welt zu setzen, als seien wir im Iran oder in der Sowjetunion. Jedenfalls kann dem Verfasser des Manuskriptes verantwortlicher Umgang mit dem Wort nicht bescheinigt werden.

5. Eine Aufführung der Recklinghäuser Ruhrfestspiele wird übertragen. Darin werden grandiose Geschmacklosigkeiten verbreitet, wenn z. B. Gott als Arbeitgeber für die Engel bezeichnet wird. Dies aber mag man ertragen. Auf der Bühne wird jedoch das Vaterunser in Form einer Parodie gebetet. Das heißt dort etwa: „Dein Reich komme, aber nicht so bald, weil wir vorher noch Geld verdienen müssen.“ Ich bin mehrfach darauf angesprochen worden, daß sich Christen in unserem Lande in ihren religiösen Gefühlen erheblich verletzt gefühlt haben. Ich habe dem WDR gegenüber die Meinung vertreten, daß § 4 des WDR-Gesetzes, nach dem die religiösen Gefühle der Bevölkerung zu achten sind, übertreten worden sei. Die Antwort darauf war die, daß das Informationsbedürfnis

höherrangig sei und aus diesem Grunde dieses Stück habe gesendet werden müssen.

Wir haben geschrieben, wir haben beanstandet, wir haben diskutiert. In einigen Fällen haben wir durchaus recht bekommen, nur — es geschieht nichts. Nach wie vor ist jeder auf seinem Platz, und jeder, der einmal diese Position erreicht hat, kann vor Millionen von Zuschauern und Zuhörern mit missionarischem Eifer seine Meinung vertreten, wobei oft der Meinungsfreiheit des Bürgers nicht gedient und der Verfassungsauftrag des Rundfunks nicht erfüllt wird. Früher einmal mußte eine Moderatorin ihren Arbeitsplatz wechseln, weil sie „Schalke 05“ gesagt hatte. Aber an dieser Stelle geschieht nichts.

Was aber kann überhaupt geschehen? Die Qualität kann nur aufgehoben werden durch eine Alternative zum öffentlich-rechtlichen System. Die CDU-Fraktion des Landtages sollte spätestens nach den

Landtagswahlen einen Gesetzesentwurf im Landtag einbringen, der neben dem öffentlich-rechtlichen System als Ergänzung Anstalten in freier Trägerschaft zuläßt. Dabei wollen wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht zerstören, sondern ihn lediglich ergänzen.

Man sagt uns, dies bedeute Qualitätsverlust. Aber wer kann denn eigentlich beweisen, daß in privatrechtlich geordneten Sendern keine qualitativ hochstehenden Sendungen produziert werden können? Wir wollen sicherlich nicht die amerikanische Lösung, die sehr stark von der Werbung abhängt. Aber es gibt ja in England und Holland ganz andere Modelle, die durchaus akzeptabel sind. Trotzdem wird man fragen, warum denn der WDR so viele Produktionen aus Amerika anschafft wie z. B. Holocaust oder Roots? Sendungen von so hoher Qualität konnten offenbar durchaus im privaten Bereich entstehen.

Wir möchten, daß unter klaren Lizenzbedingungen, nach denen auch die Werbung eingeschränkt wird, sich privatrechtliche Anstalten etablieren können. Wir möchten, daß der Bürger etwas mehr Auswahl im Programm hat, daß das Niveau durch konkurrierende Angebote besser wird und daß unser heutiges öffentlich-rechtliches System, das z. Z. zu unbeweglich ist, etwas flexibler wird. Wir möchten, daß das Machtkartell zerbrochen wird, das heute manche Rundfunkanstalt prägt und Hierarchien geschaffen hat, die von innen nicht mehr zu beseitigen sind. Lassen Sie sich bitte nicht einreden, all dies sei nur mit Qualitätsverlust möglich. Diejenigen, die das in ihrer Eigenwerbung behaupten, wollen nichts als die Erhaltung ihrer Macht. Deswegen wird dem Bürger die Vielfalt vorenthalten, die heute möglich wäre. Es wird Zeit, daß in unseren politischen Gremien in dieser Frage grundlegende Entscheidungen fallen.

Kurz notiert

Rheinische Kirche: Keine Garantie mehr für das Pfarramt

Düsseldorf: Ihren Theologiestudenten kann die Evangelische Kirche im Rheinland für die 80er Jahre keine Garantie auf ein hauptamtliches Pfarramt mehr geben. Diese Konsequenz ergibt sich aus den weiter ansteigenden Theologiestudentenzahlen, die im Bereich der rheinischen Kirche inzwischen die Grenze von 1 200 überschritten hat. Das ist die höchste Zahl, die sich je in die sogenannte „Liste der Theologiestudenten“ der zweitgrößten evangelischen Landeskirche in der Bundesrepublik Deutschland eingeschrieben hat. Da gleichzeitig die Zahl der Pensionen rückläufig ist, wird es Anfang der 80er Jahre zu erheblichen Engpässen kommen. Oberkirchenrat Gerhardt Brandt hält es für redlich, den Theologiestudenten über die berufliche Situation „klaren Wein“ einzuschenken. Wer heute Theologie studiere, müsse wissen, daß er unter Umständen einen anderen Hauptberuf

ergreifen müsse. Gleichzeitig wehrt sich die rheinische Kirche gegen das Wort von der „Theologenschwemme“: „Wir freuen uns über jeden jungen Menschen, der Pfarrer werden will“. Die Düsseldorfer Kirchenleitung will „mit viel Phantasie“ dafür sorgen, die gegenwärtigen 2 034 hauptamtlichen Planstellen zu nutzen und auszubauen, um möglichst vielen jungen Theologen eine Chance zu geben. Neben der Ausweitung der Pfarrstellen ist daran gedacht, die „Zwangspensionierung“ von 67 auf 65 Jahre herabzusetzen und die Möglichkeit der Pensionierung von 65 auf 62 Jahre.

Hermannsburger Missionswerk ruft zur Fürbitte für äthiopische Christen auf

Hannover: Zu verstärkter Fürbitte für die bedrängten Christen in Äthiopien hat das Evangelisch-Lutherische Missionswerk (ELM) in Niedersachsen, Hermannsburg, aufgerufen. In einem jetzt allen Freun-

den des Missionswerkes zugesandtem Faltblatt heißt es, die Haltung der äthiopischen Regierung gegenüber den evangelischen Christen des Landes habe sich in den letzten Monaten geändert. Vieles deute darauf hin, daß eine „gezielte Aktion“ gegen die Christen im Gange sei. Erneut macht das ELM auf die mysteriöse Entführung des Generalsekretärs der Mekane-Yesus-Kirche, Gudina Tumsa, am 28. Juli aufmerksam, von dem bisher jede Spur fehlt. Sein Name stehe, so das Faltblatt, stellvertretend für viele namenlose Christen, die wegen ihres Glaubens zu leiden hätten.

Die Evangelische Verantwortung hatte in ihrer August/September-Ausgabe ausführlich über die Verschleppung von Gudina Tumsa sowie über den Protest des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU berichtet. Wie Oberkirchenrat Johannes Hasselhorn in diesen Tagen dem EAK-Bundesvorstandsmitglied Dr. Peter Egen mitteilte, sind bis zur Stunde alle Nachforschungen nach Tumsa ergebnislos verlaufen.

Gesamtschule – Schule der Zukunft?

Grete Schneider

Die Gesamtschule rückt immer stärker in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion. In der letzten Ausgabe der Evangelischen Verantwortung hatte sich der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Kultusminister Professor Dr. Roman Herzog kritisch mit dieser Schulform auseinandergesetzt – heute schreibt hierzu Grete Schneider aus Münster, Vorsitzende der Evangelischen Eltern- und Lehrerinitiative Nordrhein-Westfalen. Sie gibt nachfolgend Eindrücke wieder, die sie anlässlich der Lektüre des von Förderern der Gesamtschule vorgelegten Gutachten sammelte. Sie nimmt Stellung und vergleicht Theorie und Wirklichkeit, wobei eine weitere Zeit der Erprobung sicherlich dringend erforderlich ist.

Gegenwärtig beginnt, getragen von der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), eine bundesweite Propaganda für die Gesamtschule. Das ist umso verwunderlicher, als die kürzlich von einer Wissenschaftlergruppe vorgelegten Ergebnisse „Gesamtschule und dreigliedriges Schulwesen in Nordrhein-Westfalen“ nicht gerade zu einer solchen Propaganda ermutigen. Dabei ist das Gutachten von Freunden der Gesamtschule angefertigt, die sich seit Jahren mit der Förderung der Gesamtschule beschäftigen und von denen einer für die Gesamtschulempfehlung des Deutschen Bildungsrates verantwortlich ist.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, den Abschlußbericht mit seinen neun Bänden Einzeluntersuchungen kritisch zu würdigen. Dazu bedarf es einer längeren gründlichen Lektüre. Gewisse Ungereimtheiten des Gutachtens drängen sich aber schon bei flüchtiger Lektüre auf:

1. Verglichen werden Gesamtschulen, die bis auf zwei in NW als Ganztagschulen geführt werden, mit Schulen des gegliederten Schulwesens in Halbtagsform, obwohl es auch Ganztagschulen im gegliederten Schulsystem gibt; nur diese wären mit Gesamtschulen zu vergleichen.

2. Die Zahl der Schüler, die z. B. auf Schichtzugehörigkeit untersucht werden, scheint so gering, daß ihre Verallgemeinerung in jeder brauchbaren Statistik als unzuverlässig gelten müßte; so werden, um nur ein Beispiel zu nennen, in bezug auf Kurszugehörigkeit (Mathematik/Englisch) im 8. Schuljahr 72, im 9. Schuljahr 35 Kinder der Oberschicht untersucht. Schlüsse aus solchen Zahlen zu ziehen scheint gewagt.

3. Gesamtschulen kennen in den drei Fächern Deutsch, Englisch, Mathematik, zwei Niveaugruppen (Grundkurs – Erweiterungskurs); sie werden den drei Schulformen zugeordnet: Schüler mit zwei Grundkursen (GG) gelten als Hauptschüler, die mit einem Grundkurs und einem Erweiterungskurs (GE) als Realschüler, die mit zwei Erweiterungskursen (EE) als Gymnasiasten. Mit welchem Recht?

4. Wenn im Gutachten Gesamtschüler mit Hauptschülern verglichen werden, bleibt außer Betracht, daß die Hauptschulen in einem hohen Maß von Gastarbeiterkindern besucht werden, die nur in einem sehr geringen Maß deutsche Schulabschlüsse erreichen. Der Erfolg der Hauptschule mit dem Erfolg prognostizierter Hauptschüler in der Gesamtschule zu vergleichen kann nur zu Fehlschlüssen führen; denn die Gesamtschule hat keine Gastarbeiterkinder. Dies soll nach dem Gutachten auch in Zukunft so bleiben: „Einige Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Bildung – gegebenenfalls gestufter – Einzugsbereiche zu, die allerdings so geschnitten werden müssen, daß Schülerzusammensetzungen vermieden werden, die den Gesamtschulsauftrag gefährden“; Schülerzusammensetzung heißt: ein Drittel prognostizierter Hauptschüler (deutsche), ein Drittel prognostizierter Realschüler, ein Drittel prognostizierter Gymnasiasten.

Diese Mängel vorausgesetzt, bietet der Bericht einige interessante Einblicke. Es soll hier nicht von den inzwischen schon viel beredeten

und beschriebenen Defiziten in den Leistungen der Schüler, auch nicht von den unvergleichlich höheren Zuwendungen der öffentlichen Hand für diese Schulform die Rede sein, sondern der Bericht und die Erfahrungen, die ihm zugrunde liegen (hinzugezogen wird auch ein Bericht der „Lehrerverbände im DBB – NW Sektion Gesamtschule – Kollegschule“) sollen auf die Leistungen der Gesamtschule betrachtet werden, die sie selber zu ihren Vorzügen zählt: „Ausgleich oder wenigstens Annäherung der Bildungschancen“ (Schmude) – Soziale Integration – Schulfreude.

1. Ausgleich der Bildungschancen: Es können nur einige Hinweise aus dem Gutachten entnommen werden. Wer z. B. (Band „Chancengleichheit und Offenheit der Bildungswege“) die Schulformzugehörigkeit (Bedenken s. o. u. 2) von Schülern verschiedener sozialer Schichten vergleicht, stellt fest, daß zwar die Zahl der Unterschichtkinder mit einem IQ geringer als 100, die in Klasse 9 zwei Erweiterungskurse besuchen, die Zahl der intelligentmäßig gleichen Schüler im Gymnasium erheblich übersteigt: Gesamtschule 42,5 %, Gymnasium 11 %; aber der Anteil der Oberschichtkinder dieser Gruppe steigt ebenfalls, und zwar um mehr als das Doppelte: Gesamtschule 64,3 %, Gymnasium 30,4 %; entsprechend sinkt der Anteil dieser Intelligenzgruppe an den Grundkursen der Gesamtschule im Vergleich zur Hauptschule: Hauptschule 72,5 % Unterschichtkinder (unter Einschluß der Gastarbeiterkinder!), 52,2 % Oberschichtkinder, Gesamtschule 38 % Unterschichtkinder (ohne Gastarbeiterkinder!), 28,6 % Oberschichtkinder. Oder: in der Tabelle „Veränderungen zwischen Grundschulempfehlung und Abschlußprognose... nach Sozialschichten“: Aufwärtsentwicklung: insgesamt 18,8 %, davon 18,1 % Unterschichtkinder, 19,7 % Mittel- und Oberschichtkinder; Abwärtsentwicklung: insgesamt 13 %, davon 14,6 % Unterschichtkinder, 10,9 % Mittel- und Oberschichtkinder! Ob nach dieser

Tabelle die Feststellung des Gutachtens zutrifft, daß im Unterschied zum gegliederten Schulwesen „sowohl bei Berücksichtigung der Kurszugehörigkeit als auch bei Berücksichtigung der Abschlußprognose weder für die untere noch für die obere Intelligenzgruppe ein signifikanter Zusammenhang mit Sozialschicht besteht“, darf mit Recht bezweifelt werden. Deshalb erklären auch die Gesamtschullehrer im o. a. Bericht: „Die Gesamtschule in NW muß sich ernsthaft der Tatsache stellen, daß ihre Schüler bereits mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten in das 5. Schuljahr eintreten. Auch die Gesamtschule kann diese Vorgaben nicht mehr insgesamt, sondern nur noch in begrenztem Bereich ändern.“

2. Die soziale Integration soll dadurch erreicht werden, daß Schüler aller Intelligenzgruppen und aller Sozialschichten in den Klassen 5/6 zusammen unterrichtet werden und von Klasse 7 an nur in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch in zwei Niveaugruppen auseinandertreten. Dabei kann die Frage, welche Belastung für den leistungsschwächeren Schüler größer ist, ob die in einer getrennten Schulform unterrichtet zu werden oder die jeweils in den drei Fächern oder auch nur zwei aus der Klassengemeinschaft in die niedere Niveaugruppe einzutreten und als „geringer begabt“ in der gemeinsamen Klasse zu gelten, unbeantwortet bleiben; sie wird nach Schülertypen verschieden beantwortet werden müssen. Die Umstufung vom Grundkurs zum Erweiterungskurs und umgekehrt, früher einmal als ein Vorzug der Gesamtschule gegenüber den stabilen Schulformen gerühmt, hat für die Schüler nach einhelliger Meinung der Praktiker ein so hohes Maß an Instabilität mit sich gebracht, daß auch das Gutachten rät, die Zahl der Umstufungen möglichst gering zu halten („Nach den Erfahrungen im Versuch muß dringend empfohlen werden, die Zahl der Umstufungen so klein wie möglich zu halten“). Das bedeutet aber, daß eine Stabilität der Niveaugruppen angestrebt wird, die der Stabilität der Schulformen entspricht.

Für die nichtdifferenzierten Fächer wird die sogenannte Binnendifferenzierung empfohlen, d. h. Schüler heterogener Leistungsfähigkeit werden im Klassenver-

band gemeinsam unterrichtet, aber ihnen werden unterschiedliche Aufgaben gestellt. Dazu erklären die Gesamtschullehrer: „Die Kollegen an Gesamtschulen erfahren indessen täglich die schlimmen Auswirkungen dieser Differenzierungsform auf den Unterricht: – Absinken des Lernniveaus in nicht zu verantwortendem Ausmaß; – erhebliche Leistungsrückstände sowohl der leistungsstarken wie auch der leistungsschwachen Schüler gegenüber entsprechenden Jahrgängen anderer Schulformen; – Zwang zur Reduzierung der Lernansprüche auf rezeptive und reproduktive Lernleistungen; – Zerstörung der Lernmotivation bei leistungsstarken und leistungsschwachen Schülern; – Verzerrung der Leistungsbeurteilung: Gesamtschule ist besser, weil die Schüler bessere Zensuren für weniger Leistungen bekommen, damit mehr Schüler höhere Abschlüsse erreichen; – statt Diskussionsfähigkeit aufgrund von Kenntnissen und Einsichten wird vordergründige Kommunikation, Geschwätzigkeit gefordert; – anspruchsvolleren Anforderungen in den Kernfächern wird ausgewichen in sportliche oder technische Bereiche, die in ihren Ansprüchen selten als gleichwertig anerkannt werden können – nur die Zensuren werden gleich gewertet; – Aggressionen gegen Mitschüler, Lehrer und schulische Einrichtungen nehmen beängstigend zu.“ Auch das Fend-Gutachten stellt fest: „Nach den Erfahrungen im Gesamtschulversuch muß festgestellt werden, daß binnendifferenzierende Maßnahmen allein nicht ausreichen, um bestehenden oder sich entwickelnden Leistungsunterschieden innerhalb eines gemeinsamen Unterrichts ... gerecht werden zu können.“

Zur äußeren Differenzierung müssen noch einmal die Gesamtschullehrer gehört werden: „Die ungünstigen Folgen auch dieser Differenzierungsform stehen dem Gesamtschulpraktiker ständig vor Augen: – der Lernstand in den einzelnen Kursen ist so unterschiedlich, daß erfolgreiche Übergänge kaum vorkommen; – die Leistungsbeurteilung wird auf das Niveau des jeweiligen Kurses bezogen, so daß Schüler lieber in untere Kurse gehen bzw. in diesen Kursen verbleiben, da dort geringere Leistungen besser beurteilt werden. So ergibt sich,

daß der Notendurchschnitt in Grundkursen zuweilen besser ist als in den entsprechenden Erweiterungskursen; – die ständige Zergliederung der Schülergruppen, die Auflösung des Klassenverbandes, führt zur Desorientierung des Schülers, zur Zerstörung sozialer Stabilität.“

3. Der Gesamtschule wird nachgerühmt, sie vermittele dem Schüler mehr Schulfreude, weniger Schulfremdheit, weniger Schulfremdheit. Dieses Urteil bedürfte der Differenzierung. Bisher ist nur aus dem süddeutschen Raum eine Untersuchung bekannt, nach der sich die Schüler der Gesamtschule am wohlsten fühlen, die im Gymnasium das untere Drittel bildeten, wenn sie ein Gymnasium besuchten. Das Wohlgefühl ergibt sich daraus, daß sie in der Gesamtschule konkurrenzlos an der Spitze stehen. Andere Untersuchungen liegen m. W. nicht vor. Die Gesamtschule wird gerade im Interesse der sozial schwächeren begabten Schüler nicht daran vorbeikommen, Leistungsanforderungen zu stellen. „Dieser Anspruch (sc. den benachteiligten Gruppen der Bevölkerung gerechtere Aufstiegschancen zu ermöglichen) wird jedoch nicht dadurch erfüllt, daß Leistungsanforderungen vermieden oder verringert werden; ein solches Vorgehen würde im Gegenteil zu besonderer Benachteiligung der sozial schwächeren Schüler und zu weiterer Verminderung ihrer Bildungschancen führen. Eine gerechtere Verteilung der Aufstiegsmöglichkeiten kann nur dadurch erreicht werden, daß jeder Schüler die seinen Fähigkeiten, Neigungen und Interessen gemäße Förderung aufgrund von angemessenen Leistungsanforderungen erfährt. Das setzt ein gegliedertes und konsequent durchgeführtes Differenzierungsmodell voraus.“ Leistungsanforderungen erwarten Anstrengung von den Schülern, die auch Druck und Streß bei denen hervorrufen können, die den Anforderungen nicht gewachsen sind; Leistungsanforderungen erzeugen aber auch Freude an der erbrachten Leistung. Diese hervorzurufen ist Aufgabe der Lehrer und hängt davon ab, daß der Funke zwischen dem Lehrer, der Leistungen fordert und erstrebenswert macht, und dem Schüler zündet. Daß dies geschieht, hängt nicht von einer Schulform ab, sondern von der Einstellung der Lehrer; so stellt denn auch Profes-

sor Fend in seinem Hessischen Gutachten fest: „... die Qualität des erzieherischen Kontextes hängt offensichtlich in weit höherem Maße von schulspezifischen Bedingungen, z. B. von den Einstellungen eines Lehrergremiums, ab ... als von schulstrukturellen Maßnahmen. Das pädagogische Klima kann an einzelnen Schulen des herkömmlichen Schulsystems sogar besser sein als an einzelnen Gesamtschulen. Es hängt in erster Linie vom Geist und dem Engagement der jeweiligen Lehrerschaft ab.“

Zu welchem Ergebnis führen Gutachten und Erfahrungen der Praktiker? Im Gegensatz zu der propa-

gierten Beendigung des Versuchs und zu der propagierten Einführung der Gesamtschule als Regelschule (Angebotsregelschule?) gilt die Erfahrung der einzigen in NW wissenschaftlich begleiteten Gesamtschule, der Münsteraner Friedensschule: „Nach zehn Jahren Schulversuch Friedensschule haben sich die Erwartungen erfüllt, daß bei Einsatz ausreichender Kräfte und Mittel die Gesamtschule eine gute Schule sein kann, vor allem für bestimmte Gruppen von Schülern. Zehn Jahre Versuchsarbeit haben ebenfalls ausgereicht, noch zu lösende Aufgaben zu beschreiben und dafür im Grundsätzlichen Ver-

fahrungsvorschläge zu erarbeiten ... Eine Bilanz der Erfahrungen der Friedensschule rechtfertigt aber nicht die Einführung der integrierten Gesamtschule als eine Regelschule unter anderen Regelschulen noch gar als einzige Schulform. Gesamtschulen haben eine weitere Zeit der Entwicklung und Erprobung vor sich, so vor allem in curricularen und methodischen Bereichen. Es muß davor gewarnt werden, Gesamtschulen dort einzurichten, wo keine Garantie besteht, daß hinreichende Bedingung für einen erfolgreichen Unterricht für alle Schüler gegeben wird.“

Kurz notiert

Über ein Seminar der Hanns-Seidel-Stiftung: Verstärkte internationale Zusammenarbeit im zivilen Bevölkerungsschutz

München/Genf: Ein wirksamer Zivilschutz der Bevölkerung ist für den Ernstfall ebenso wichtig wie eine hinreichend gesicherte militärische Verteidigung. Denn in zunehmenden Maße ist es die Zivilbevölkerung, die von etwaigen Kriegsverlusten besonders betroffen sein wird. Allein die Kriegswirren in Ostasien zeigen dies überdeutlich. Destotrotz herrscht in der Öffentlichkeit – insbesondere in den westlichen Ländern – ein beachtliches Informationsdefizit über Aufgaben und Notwendigkeit des Zivilschutzes vor. Diese Tatsache veranlaßte das Institut für politische Zusammenarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, dieser Tage in Genf eine weitere Fachtagung durchzuführen.

Experten des Zivilschutzes und führende Vertreter von Zivilschutzorganisationen aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und der Schweiz beklagten gleichermaßen, daß vorbereitende Zivilschutzmaßnahmen von der Bevölkerung entweder falsch eingeschätzt bzw. zumindest häufig unterschätzt werden. Lediglich die Schweiz mache hiervon eine gewisse Ausnahme. Während nämlich in der Bundesrepublik Deutschland

Zivilschutzmaßnahmen gerade bei der älteren Generation häufig noch mit Maßnahmen gegen die Luftangriffe während des Zweiten Weltkrieges verbunden werden, beruht die Schweizer Konzeption auf dem Prinzip des „Schützens und Teilens“. Sie hat folglich bei dem dort vorhandenen Selbstverständnis des Zivilschutzgedankens weniger psychologische Barrieren zu überwinden.

Obgleich gegenwärtig die Organisationsstrukturen, der Ausbildungsstand, die baulichen Schutzmaßnahmen und der Einsatz finanzieller Mittel in den einzelnen Ländern noch sehr unterschiedlich sind, wurde der Wille zu einer verbesserten Angleichung bekundet. Gerade den politisch Verantwortlichen obliege es, neben der militärischen Bereitschaft für einen umfassenderen Schutz der Zivilbevölkerung in Krisenzeiten und erst recht im Verteidigungsfalle zu sorgen und ihn zu gewährleisten. Dazu ein Diskussionsredner: „Alle Beteiligten auf den verschiedenen Ebenen müssen diese Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung ernst nehmen.“

Sorgen bereiten den Fachleuten hinreichend wirksame Schutzmaßnahmen gegen eine mögliche Bedrohung durch ABC-Waffen. Hier sei es erforderlich, die Bevölkerung offen und freimütig über die möglichen Gefahren aufzuklären. Französische Experten berichten über

allgemein verständliche Informationsunterlagen, die man in Frankreich verteilt habe.

Diese Fachkonferenz machte einmal mehr deutlich, daß unbeachtet der Sinnlosigkeit kriegerischer Auseinandersetzungen, es den westlichen Ländern gelingen muß, auch im Bereich des zivilen Bevölkerungsschutzes verstärkt zusammen zu arbeiten, um auf internationaler Basis zu einer gemeinsamen Linie zu finden.

Namibia: Rücktritt eines Kirchenführers wegen SWAPO-Einfluß

Windhuk: Zurückgetreten ist jetzt der Landespropst der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Südwestafrika/Namibia, Paul Gerhard Kauffenstein, Windhuk, von seinem Amt als Vizepräsident des Namibischen Kirchenrates. Der Grund für den spektakulären Schritt ist die Berufung des ehemaligen zweiten Vorsitzenden der „Befreiungsbewegung“ SWAPO, Daniel Tjongarero, zum Berater der Presse- und Informationsstelle des Kirchenrates, zu der die lutherische, die anglikanische und methodistische Kirche gehören. Kauffenstein hatte seinen Rücktritt bereits vor einer Woche für den Fall angekündigt, daß der bekannte SWAPO-Mann tatsächlich Berater werden sollte. Tjongarero hatte Anfang des

Jahres das Büro der SWAPO in Windhuk aufgelöst und erklärt, er wolle in Zukunft „im Untergrund arbeiten“. Der deutsche Landespropst bezeichnete dessen Berufung als „Verstoß“ gegen die Verfassung des Kirchenrates, da nicht – wie vorgesehen – in ihr die Mitglieder des Exekutivausschusses vorher konsultiert worden seien. Auch entstehe in der Öffentlichkeit der Eindruck, der Namibische Kirchenrat bilde die „Untergrundtarnung für die Fortführung der eigentlichen SWAPO-Arbeit“ durch den weltweit als SWAPO-Führer bekannten Tjongarero. Der Kirchenrat verliere dadurch in den Gemeinden und in der Öffentlichkeit seine „Glaubwürdigkeit als unparteiliche und geistliche bestimmte Kraft“. Die Mehrheit der schwarzen, braunen und weißen Bevölkerung verstehe diese Berufung als Unterstützung der SWAPO durch den Kirchenrat. Kauffenstein nannte die SWAPO „eindeutig marxistisch“. Er kritisierte scharf ihren „Terroristenkampf in Südwestafrika“.

Bischof Wölber:

Heutige Situation fordert zum Christsein auf

Hamburg: Die besondere geistige Situation der Gegenwart fordere dazu auf, heute Christ zu sein, erklärte der Hamburger Bischof D. Dr. Hans-Otto Wölber neulich in einem Vortrag zum Thema „Kann man heute noch Christ sein?“ vor dem Hamburger Übersee-Club. Wölber ist Christ, weil ihn die „Gottesfrage nicht losläßt“. Mit der „absurden Feststellung von einer bloßen Faktizität der Dinge bestehend aus Materie oder Energie“ könne er sich nicht abfinden. Gleichzeitig leuchte ihm Jesus von Nazareth ein. „Ich erfahre durch ihn Glauben und Religion als unvergleichlich und wunderbar menschlich, als eine Versöhnung mit dem Leben und als einen großartigen Anruf zur Hoff-

nung“, meint Wölber. Die messianischen Werte unserer Kultur, wie Frieden, Solidarität, Humanität, Freiheit, seien Teil der christlichen Wirkungsgeschichte. Durch das inzwischen Allgemeingültige an ihnen habe aber das Christliche darin seine spezifische Identität verloren. Wölber hob unter anderem das Liebesgebot Christi hervor, das im Zug der Rezession christlicher Grundwerte zur allgemeinen Forderung nach Gerechtigkeit abgestuft sei. Gerechtigkeit sei „machbar“, betonte der Bischof, Liebe aber bedeute Hingabe. „Wir haben sicher vieles gebessert, aber schrecklicherweise nahm die Liebe nicht zu. Manchmal hat man den Eindruck, als habe uns unser Kampf um Rechte die Liebe geraubt.“

Kulturminister a. D. Cysi neuer Staatssekretär für Kirchenfragen

Berlin-Ost: Als neuer Staatssekretär für Kirchenfragen wurde am 7. November Klaus Cysi in Ost-Berlin vom stellvertretenden Ministerratsvorsitzenden der DDR, Alfred Neumann, eingeführt. Cysi ist Nachfolger des am 18. Oktober verstorbenen Staatssekretärs Hans Seigewasser. Der 67jährige Altkommunist Cysi trat 1931 in die KPD ein, studierte in Frankfurt am Main, Paris und Berlin Wirtschaftswissenschaften, wurde 1949 SED-Abgeordneter und 1966 von Walter Ulbricht zum Kulturminister berufen. Seit 1978 war er Generalsekretär des DDR-Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit.

Nach 6 000 evangelische Deutsche in Ostpreußen

Hagen: Noch etwa 6 000 eingetragene Mitglieder gibt es in den deutschen evangelischen Gemeinden im südlichen Teil Ostpreußens. Vor dem Krieg waren es 3 Millio-

nen. Dies teilte jetzt der Schriftführer der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen e.V., Pfarrer Werner Marienfeld, Iserlohn, mit. Die evangelischen Deutschen in Masuren, Ermland und Oberland werden von polnischen evangelischen Geistlichen betreut. Der Gottesdienst darf – so Marienfeld – „nun schon seit mehr als 20 Jahren nur in polnischer Sprache gehalten werden, während es bis 1958 den Deutschen noch gestattet war, ihre Lieder im Gottesdienst und auch die Liturgie deutsch zu singen“. Im Memelland und im von der Sowjetunion verwalteten nördlichen Teil Ostpreußens gebe es kaum noch evangelische Deutsche. Allerdings habe sich vor kurzem wieder eine kleine Gemeinde in der ehemaligen ostpreußischen Hauptstadt gebildet, die sich aus Deutschen aus Sibirien, die „irgendwie nach Königsberg gekommen sind“, zusammensetzen. Es sollen vor allem Baptisten, Methodisten und Mennoniten sein.

Neuer Propst in Jerusalem: Jürgen Wehrmann

Jerusalem: Als Pfarrer der Evangelischen Gemeinde deutscher Sprache und Propst an der Erlöserkirche in Jerusalem ist am 4. November Jürgen Wehrmann vom Präsidenten des Kirchlichen Außenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland, Dr. Joachim Held, Frankfurt, eingeführt worden. Der aus Berlin stammende Pfarrer ist Nachfolger von Propst Helmut Glatte, der eine neue Pfarrstelle in Benidorm (Spanien) antritt. Die Jerusalemer Propstei hat sich auch um die rund 150 000 Touristen und Pilger zu kümmern, die durchschnittlich pro Jahr das Heilige Land besuchen. Außerdem pflegt sie das Gespräch mit dem Judentum und der arabischen Christenheit. Die Propstei hat traditionelle Beziehungen zur Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien.

Schulprobleme liegen Ihnen am Herzen. Und Sie wohnen in Nordrhein-Westfalen.

Dann arbeiten Sie mit in der Evangelischen Eltern- und Lehrerinitiative NRW (EELI)

1. Vorsitzende Grete Schneider, Münster

Fordern Sie weitere Information an über den Geschäftsführer der EELI, Studiendirektor Robert Wehn, Schulstraße 21, 5632 Wermelskirchen, Telefon 0 21 96 / 8 05 74

Ein offener Brief von Kai-Uwe von Hassel an Heinrich Albertz

Sehr geehrter Herr Pastor!

Vor einem Monat sprachen Sie im Deutschen Fernsehen „Das Wort zum Sonntag“. Da ich im Ausland war, konnte ich es selbst nicht sehen; ich habe aber davon gehört und mir den ausgeschriebenen Text beschaffen können.

Dieser Text ist noch ärger als das, was ich darüber hörte. Ich halte es für unerträglich, wie Sie als ein Mann meiner Kirche mit Fragen umgehen, zu denen sich ein Kir-

chenmann sicher äußern darf, der sich dann aber auch mit den Argumenten derer auseinandersetzen muß, die anderer Auffassung sind als er. Sie aber formulieren mit der ganzen Wortgewalt des Kirchenmannes, dessen Autorität naturgemäß auf den Zuschauer besonders wirkt. Er geht davon aus, daß wenn hier ein Mann Gottes das so sagt, daß es dann ja auch so sein muß.

Es kommt selten vor, daß ich mich öffentlich mit Ausführungen eines Mannes auseinandersetze,

die ich nicht teile. Hier aber geht es mir über jedes Verständnis, vor allem auch, weil Sie in Berlin der anderen Seite besonders nah sind, also wissen müssen, was drüben vor sich geht. Wie oft haben Sie und die Kirchenmänner uns gesagt, wir sollten uns auch in dem, was wir zur Verteidigung der Freiheit tun, leiten lassen von den Grundlinien der Bibel. Aber Sie wissen so gut wie ich, daß der andere Partner im Weltgeschehen eben nicht die Bibel zur Hand nimmt, sich nicht

Das Wort zum Sonntag

27. Oktober 1979

Pfarrer Heinrich Albertz, Berlin

Liebe Zuhörer – vor ein paar Wochen haben die Evangelischen Christen in der DDR auf der Synode ihres Kirchenbundes in Dessau einen einmütigen Beschluß gefaßt, der nicht selbstverständlich war, und den wir hören sollten. Ich war nicht dabei in Dessau. Aber ich weiß, wie schwierig es ist, Synoden zu einer einmütigen Aussage zu bringen. Die Christen dort drüben, unsere Brüder und Schwestern, wie wir bis zum Überdruß sagen, sind beunruhigt über die Entscheidungen, die mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen in beiden deutschen Staaten auf uns zukommen, und fragen uns, was wir als Christen denn in der Bundesrepublik Deutschland dazu zu sagen hätten. Ja, was sagen wir Christen hier?

Ich kann nicht für alle Christen, geschweige denn für die Kirchen sprechen. Aber ich habe als ein Mann, der versucht, ein Christ zu sein, nicht die Absicht zu schweigen. Ich sage also dies:

Zuerst, ich würde mich freuen, wenn auch eine Synode in unserem Teil Deutschlands den Mund auf täte. Die Diskussion seit dem Vorschlag Breschnews, auf bestimmte Waffen zu verzichten und Truppenstärken zu vermindern, hat eine gefährliche Schlagseite. Denn sie tut so, als ob eine Verteidigung gegen einen Angreifer überhaupt möglich wäre, ohne daß Mitteleuropa eine Wüste würde, gegen die die Zerstörungen des 2. Weltkrieges vergleichsweise harmlos erscheinen. Das wissen alle Experten. Aber sie sprechen

es nur selten und nur sehr leise aus. Wenn das aber richtig ist, dann ist nicht die Produktion immer neuer und gefährlicherer Waffensysteme das Gebot der Stunde, sondern Abrüstung. Einer muß den Anfang machen. Ich hätte es lieber gesehen, es wäre ein westlicher Politiker gewesen. Aber nun darf nicht Angst vor Schwäche die Stunde regieren, sondern das Vertrauen auf einen letzten Rest von Vernunft. Niemand will den Krieg in Europa. Wenn das so ist, warum rüsten wir uns dann zu Tode? Darf ich das in einem „Wort zum Sonntag“ sagen? Ich muß es, finde ich. Der Herr Jesus Christus hat uns gesagt, daß die Friedensstifter Frieden erlangen werden. Er hat uns gesagt, man solle das Böse mit Gutem überwinden. Ist er ein Verrückter gewesen? Dann soll man das sagen und ihn wie in atheistischen Staaten in die Kirchen einsperren zum Privatgebrauch von Träumern.

Aber der Sohn Gottes war kein Träumer. Ich bin, je älter ich werde, desto mehr überzeugt, daß seine Bergpredigt sehr viel nüchterner und praktischer und wahrhaftiger über diese Welt und uns Menschen Bescheid weiß als alle politischen und militärischen Programme.

Sie will, daß wir ohne Waffen leben. Dahin ist ein weiter Weg. Aber wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen, sagt Jesus Christus. Man sollte diesen Satz über das Nato-Hauptquartier in Brüssel und über das Oberkommando des Warschauer Paktes hängen. Es stimmt nämlich. Haben wir es nicht schrecklich genug erfahren? Haben wir immer noch nicht genug? Die Christen müssen reden. Laut und deutlich. Auch hier bei uns. Wir haben es leichter als drüben.

Guten Abend.

von der Bergpredigt leiten läßt. Sie wissen so gut wie ich, daß die Bibel für die Verantwortlichen drüben nur in einem Exemplar vorhanden ist. Es hat seinen Platz in der Staatsbibliothek. Sie sagen es in der Sendung selbst, daß in einem atheistischen Staat Christus zum Privatgebrauch von Träumern in den Kirchen eingesperrt ist.

Sie wissen, Herr Pastor Albertz, daß keiner von uns den Krieg will. Und genau das sind unsere Meinungen:

1. In der Weiterentwicklung der Gebote, daß Du nicht töten sollst, kommt doch wohl der Imperativ: „Du sollst auch den anderen vom Töten abhalten“.

2. Und das führt zu Ihrem Satz: Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen. Würde also der Andere angreifen, dann wird sich dieser – also wir – wehren und zwar mit den Waffen, die der Andere hat und also in ihren entsetzlichen Wirkungen auch gegen sich selbst kennt. Das für ihn dann nicht mehr kalkulierbare

Risiko wird ihn vom Angriff abhalten, so er Vernunft hat. Das von Ihnen zitierte Wort vom „Vertrauen auf einen letzten Rest von Vernunft“ trifft daher genau eine der Grundlinien unseres Sicherheitskonzeptes von der glaubwürdigen friedensbewahrenden Kraft der Abschreckung, die den einzig möglichen Gegner — aus Gründen der Vernunft — von Angriffen abhält, und uns also in Frieden läßt.

3. Ihr Wort zum Sonntag rankte sich um das Thema der nuklearen Waffen, in Sonderheit der aktuellen Frage der Mittelstreckenraketen. Sie wissen, Herr Albertz, daß die erste Welle der publizistischen Offensive vor reichlich Jahresfrist gegen die Neutronen-Waffe lief. Leider mit Erfolg. Sie wurde bei uns willig aufgenommen von Persönlichkeiten, die gar nicht wissen, was eigentlich diese Waffe ist, was sie bedeutet.

Sie waren verantwortlicher Innenminister von Berlin und Regierender. Sie kennen daher die Lage, die sich seit Ihrer Zeit übrigens noch außerordentlich stark zugunsten des Ostens verschoben hat. Sie

wissen, daß die Sowjets trotz jahrelangen Redens von Frieden und Entspannung und Freundschaft im atemberaubenden Tempo aufgerüstet haben und heute in allen drei Streitkräfteteilen die Stärksten der Welt geworden sind und daß es keine Frage gibt, die sie weltweit militärisch heute nicht lösen könnten.

In diesem militärischen Instrumentarium sind die 40 000 minus 1 000 Panzer, die sie abziehen werden, die gefährlichste Komponente. Würden diese zum Angriff antreten, gäbe es nur eine Waffe, die sie aufzuhalten imstande wäre: nämlich diese Neutronen-Waffe. Sie wird auf den Angriff konzentriert, auf einen Quadratkilometer. In ihm wird allerdings alles vernichtet. Die Radioaktivität, die freigesetzt würde, ist aber so minimal, daß das Gelände nicht verseucht, die in diesem engen Bereich ohnehin geräumte Zivilbevölkerung nicht in Mitleidenschaft gezogen würde. Diese Waffe ist genau abgrenzbar auf die reine Kampfhandlung. Und daher ist ihr Einsatz glaubwürdig; die Abschreckung wird also glaubwürdig. Das

Vorhandensein dieser Waffe ist also friedensstiftend.

Waffenlosigkeit ist nach Auffassung aller, die bereit sind die Wirklichkeit zu sehen und nicht vom ewigen Frieden zu träumen, Waffenlosigkeit ist die Einladung für die andere Seite, endlich ihr Ziel zu erreichen, nämlich die Grenzen ihres Reiches zu überwinden und „die Proletarier aller Welt zu vereinen“. Wenn wir „kein Schwert mehr haben, werden wir zwar auch nicht durch das Schwert umkommen“, wie Sie es formulierten aber friedlich überrannt werden. Die Konsequenz wird die Pax Sovietica sein. In ihr werden wir als Christen „in die Kirchen eingesperrt sein“ um Ihr Wort noch einmal aufzunehmen, also nicht mehr in Freiheit leben können. Und wofür haben Sie eigentlich als Regierender gefochten? — Doch wohl für die Freiheit.

Ihr Wort zum Sonntag war für den Träumer griffig formuliert; es war aber das Wort eines Träumers.

Kai Uwe von Hassel, MdB
Bundestagspräsident a. D.

Buchbesprechungen

Walther Bienert: „Über Marx hinaus zum wahren Menschsein“. 411 Seiten, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt 1979.

Mit dem nunmehr vorgelegten Werk setzt sich der Gründer und Leiter der Melanchthon-Akademie Köln, Dr. phil. und Lic. theol. Walther Bienert, erneut und intensiv mit der Marx'schen Anthropologie in ihrer Begegnung mit dem christlichen Menschenbild auseinander.

Zu Recht schreibt Professor Dr. Dilschneider, langjähriger Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises in Berlin über dieses Buch:

Im Verfolg der Darstellungen werden überholte marxistische Ideologien abgebaut und treten zugleich wichtige Ergebnisse über das heute immer wieder diskutierte Verhältnis von Humanwissenschaften und christlichem Glauben ans Licht. Wahre Humanität und Menschlichkeit erwächst nicht auf ge-

sellschaftlichem Boden, sondern gründet in einer christlichen Anthropologie. Allein von hier aus vermögen wir Maßstäbe eines sinnhaften Lebens und echter Menschlichkeit zu finden.

Die Arbeit ist eine Fundgrube zur Weiterbeschäftigung, für Vorträge und Diskussionsveranstaltungen. Ein klarer Aufbau, ein hilfreiches Register macht sie zu einem Nachschlagewerk für schnelle Orientierung in Haus und Schule und allen öffentlichen Lebensbereichen.“

Elisabeth Kübler-Ross. Leben bis wir Abschied nehmen. Mit 80 Fotos von Mal Warshaw und einem Beitrag von Dr. med. Paul Becker. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Christa Reich. 190 Seiten, gebunden mit mehrfarbigem Schutzumschlag, 32,— DM. Kreuz Verlag, Stuttgart.

Ein Werk wie dieses hat es bisher nicht gegeben. Es ist das Ergebnis der Zusammenarbeit von Elisabeth Kübler-Ross, dem New Yorker Meisterfotografen Mal Warshaw und vier Patienten, die an Krebs starben. Konkreter und eindrücklicher, aber auch menschlicher und dezenter ist das Sterben von Menschen — darunter ein Kind — noch nie

zuvor dargestellt worden. Der Band dokumentiert nicht nur die ungewöhnliche therapeutische Arbeit von Frau Kübler-Ross, sondern zeigt darüber hinaus den Weg, auf dem Menschen lernen, den Tod als einen Teil ihres Lebens anzunehmen und so in Würde und Frieden zu sterben.

Außerdem berichtet die bekannte Autorin von ihrem 1977 gegründeten Forschungs- und Heilungszentrum in Kalifornien und erörtert praktische Alternativen zum üblichen Krankenhausbetrieb. Die Situation in deutschsprachigen Ländern schildert der Limburger Chefarzt Dr. Paul Becker. Mut, Menschlichkeit und Würde kennzeichnen jede Seite dieses Buches, das mit seinen eindrucksvollen Bildern und Berichten die Angst vor Tod und Sterben mindert und den Sinn des menschlichen Lebens bereichert.

Martin Gray. Des Lebens Ruf an uns wird niemals enden. Aus dem Französischen übersetzt von Ulla Leippe. Ca. 220 Seiten, kartoniert, vierfarbiger Umschlag, 18,50 DM. Kreuz Verlag, Stuttgart.

Wie kann ein Mensch, dessen Biographie eine fast ununterbrochene Kette von Katastrophen ist, der Verzweiflung

Der Auftrag Evangelischer Akademien

Im Jahre 1977 begann eine von dem Leiterkreis der Evangelischen Akademien (Vorsitzender Pfarrer Christoph Bausch) eingesetzte Kommission unter der Federführung von Dr. Wolfgang Böhme, Bad Herrenalb, ein Memorandum zum Thema „Der Auftrag Evangelischer Akademien“ zu erarbeiten, das in diesen Tagen fertiggestellt und publiziert wurde. Die Evangelische Verantwortung veröffentlicht nachfolgend wichtige Passagen hieraus.

In den letzten Jahren hat die Kirche in engem Zusammenhang mit Entwicklungen im staatlich-öffentlichen Bereich eine breite Diskussion über ihren Bildungsauftrag und entsprechende Jugend-, Familien-, Alten- oder insgesamt Erwachsenenbildungsmaßnahmen geführt. Zahlreiche Erwachsenenbildungswerke und -einrichtungen auf lokaler und regionaler Ebene sind entstanden, das Veranstaltungsangebot in Gemeinden ist gewachsen, zentrale Arbeitsstellen wurden eingerichtet. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wurden auch eine Reihe grundsätzlicher Fragen gestellt, deren praktische Beantwortung im Handeln der Kirche weithin noch aussteht:

- Ist Erwachsenenbildung überhaupt eine genuine kirchliche Aufgabe?
- Ist Erwachsenenbildung eine zeitweilige Aufgabe, gar eine Modeerscheinung oder gehört sie zu den ständigen Arbeitsformen der Kirche?
- Wie verhält sich kirchliche Erwachsenenbildung zu den staatlichen und sonstigen Bildungsbemühungen?
- Welche Ziele soll die Erwachsenenbildung der Kirche verfolgen und auf welchen Bezugsrahmen richtet sie die Befähigung derer aus, denen sie Bildung vermitteln will?

Auf diese Fragen hin lassen sich gerade aus der Erfahrung der Akademiearbeit einige wichtige Aufgaben für kirchliches Handeln deutlich machen: Glaube muß ständig neu gelebt werden und im Leben Gestalt gewinnen. Hilfe dazu ist Bildung zum Christsein in dieser Welt.

Diese Hilfe schuldet ein Christ dem anderen, die Gemeinde ihren Gliedern, aber auch die Christen den Nicht-Christen, der „Welt“, ständig neu. Bildung ist darum eine andauernde und genuine Aufgabe der Kirche. W. Pannenberg hat die Befähigung von Menschen zur Teilhabe an ihrer eigentlichen Bestimmung und damit die Bildungsaufgabe als Ausdruck der Brüderlichkeit im christlichen Sinne bezeichnet. Aber auch die Kirche selbst in ihrer vorfindlichen Gestalt muß als „semper reformanda“ – als Kirche, die immer wieder erneuert werden muß – sich einem ständigen Bildungsprozeß unterziehen. Ihr Endzweck ist nicht die Sicherung ihres Bestandes oder das Festhalten einer bestimmten gewordenen Gestalt, sondern die ständige Erneuerung und „Bildung“ unter dem Gesichtspunkt, für ihren Auftrag tüchtig zu bleiben und christlichem Leben Raum zu geben.

Es muß deshalb zutiefst beunruhigen, wenn in einer Gesellschaft, die die Bildungsaufgabe in aller Breite erkennt und aufgrund von Bildungsplänen und -programmen eine Fülle von Maßnahmen zu lebenslangem Lernen und damit zur Wahrnehmung von Lebenschancen durchführt, die Beteiligung an diesem Angebot die Distanz zur Kirche statistisch gesehen erhöht. Ebenso bedrängend ist die Feststellung, daß tendenziell die innerkirchliche Bildung mißlingt, die das Ziel hat, die Identifizierung mit der Kirche zu ermöglichen und in ihr seine Identität als Christ zu finden.

Die Akademien werden wohl zu recht zu den Einrichtungen gerechnet, in denen sich ein seit den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts neues Erkennen der genuinen Bildungsaufgaben der Kirche und ein entsprechend gewandeltes allgemeines Bildungsverständnis darstellt. Bildung wird danach nicht als Status gesehen, der nach einer qualifizierenden Ausbildung erreicht wird, sondern als anhaltender Prozeß. Sie befähigt, in der Auseinandersetzung mit Geschichte und Umwelt, mit dem anderen Menschen und im Konflikt eigene Grenzen zu erkennen und sich Neuem zu öffnen, um es lernend anzueig-

nen. Bildung schließt ebenso die Bereitschaft zum Handeln ein, sie erschließt für den Christen die Möglichkeit des praktischen Zeugnisses.

Man wird jedoch auch sagen müssen, daß die Kirche nicht nur im Blick auf sich selbst dieses neue Bildungsverständnis unzureichend vermittelt und umgesetzt hat, das doch Anhalt schon in den Schriften der Reformation und alten Kirchenordnungen hat. Sie ist auch in ihren Bildungsbemühungen zu wenig kritisches Korrektiv gewesen angesichts allgemeiner Tendenzen in diesem Bereich, insbesondere einer gesellschaftlichen Unterbewertung von Bildung gegenüber wirtschaftlichen Zielen. Hier steht die Kirche vor der schwierigen Aufgabe, das Evangelium mit der differenzierten Erfahrungswelt unserer Zeit so zu vermitteln, daß sie sich selbst nicht verliert, sondern gewinnt und dabei das Potential der Erneuerung so aktiviert, daß es auch „den Anderen“ zu einer besseren Gerechtigkeit verhilft. Die große Gefahr liegt in der Anpassung, die Chance in einer „kritischen Solidarität“. Diese wird dort geübt, wo sich Christen der immer wieder neu zu leistenden Aufgabe stellen, „menschliches Erfahrungswissen“ und das von eschatologischer Hoffnung gespeiste „Glaubenswissen“ in der Lebenspraxis heute zusammenzuhalten.

Kirchliches Bildungsbemühen mit Erwachsenen richtet sich also weder einseitig auf Qualifikationen, quantitatives Wissen oder bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten noch auf eine Gesinnungslehre oder die Einübung „kirchlichen“ Verhaltens. Evangelische Erwachsenenbildung sucht und versucht Lebenspraxis, die sich orientiert an Erkenntnissen, die Lehrende und Lernende gemeinsam aus der Vermittlung des Evangeliums mit der differenzierten Erfahrungswelt unserer Zeit gewinnen. Die Aufgabe kirchlicher Bildungsarbeit umfaßt dabei nicht nur die innerkirchliche Sozialisation. Sie bezieht sich auf die gesamte Sozialisation des Menschen, und zwar kritisch vor allem dort, wo diese zum Ziel hat, ihn in vorbestimmte wissenschaftlich-tech-

nische oder auf andere Weise organisierte und gesteuerte Massenprozesse funktionstüchtig einzuordnen und ihn zum reinen Produkt seiner Umgebung herabzuwürdigen.

Aus ihrem Wissen um die Ganzheit und Einheit des Lebens vermag die Kirche, „Lerngemeinschaft“ zu schaffen, die einerseits Kontinuität und Geborgenheit vermittelt, andererseits aber auch zu neuen Erfahrungen ermutigt. Damit ist das Bildungsdilemma, in dem sich die Kirche vorfindet, nicht beseitigt, aber eine Chance zu seiner Überwindung gegeben.

Die Akademien betreiben in diesem Sinne eine zum Teil breite Bildungsarbeit. Ihre besonderen Chancen liegen insbesondere

- in der Sammlung von neuen Erfahrungen mit den unterschiedlichen Teilnehmergruppen und der gemeinsamen Verarbeitung,
- in der Gewinnung von inhaltlich und methodisch neuen Modellen und Materialien,
- in der Entwicklung von Handlungskonzepten kirchlicher wie öffentlicher Bildungsarbeit über die Bereiche bestimmter Träger und Einrichtungen hinaus,
- in der Beteiligung an der wissenschaftlichen und allgemeinen bildungspolitischen Diskussion.

Deshalb legt es sich nahe, zwischen der Arbeit der Akademien und einer kontinuierlichen, breiten und begleitenden Bildungsarbeit für bestimmte Gruppen oder auf regionaler und lokaler Ebene (Erwachsenenbildung im engeren Sinn) zu unterscheiden und die Akademien im Sinne der geschilderten Aufgaben in Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Instituten der Evangelischen Kirche in Deutschland und den Hochschulen zu profilieren. Dabei sollte der bildungspolitischen Diskussion, der Entwicklung eines Handlungskonzeptes auf gesamtkirchlicher Ebene und der didaktisch-methodischen Übersetzung von Ergebnissen aus den Akademietagungen für die Breitenarbeit besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Denn Bildung als Befähigung, heute Christ zu sein, darf nicht ein punktuelles Bemühen einzelner Einrichtungen oder Gruppen bleiben, sondern muß in die Tiefe und Breite dringen, um in die Lebenspraxis der einzelnen und Gemeinschaften

einzuweichen. Es sollte umgekehrt aber auch das Erfahrungswissen der vielen die Lehrenden belehren können und öffentlich zur Geltung gebracht werden. Das gilt insbesondere für die Kirche, die sich als Gemeinschaft der Glaubenden versteht.

Spielraum der Freiheit

Zunehmend wird – wieder – ernstgenommen, daß zu einem menschenwürdigen Leben die Freiheit des Denkens, der Meinungsbildung und die Erfahrung von Spielraum gehört. Immer mehr Bereiche, gerade auch in der Bildung und Ausbildung, wurden so ausgerichtet, gegliedert und durchgeformt, daß diese Freiheit verloren zu gehen drohte. Die Gesprächsziele sind vielfach vorgegeben, Bildung wird funktional auf vordergründige gesellschaftliche Ziele hin verstanden. Zweckfreiheit erscheint sinn- und funktionslos. Deshalb gewinnt das offene Gespräch als solches, der Spielraum des Denkens ohne vorgegebene Lernziele und Überprüfungsabsichten an Gewicht.

Dieses offene Gespräch ist in den Akademien von Anfang an vertreten worden. Dabei geht es nicht um eine bestimmte Methode, sondern um ein aus christlicher Sicht dem Verständnis der Wahrheit entsprechendes Verhalten, zu dem der Glaube an die Befreiung von Sünde und Gesetz bestimmt. Die Wahrheit des Wortes Gottes will immer neu Gestalt gewinnen. Ihr muß die offene Erfahrung im Denken und Handeln entsprechen. Es wäre deshalb falsch anzunehmen, daß das Angebot freien Denkens und eines offenen Gespräches in der Akademiearbeit ein Luxus sei, den sich nur eine reiche Volkskirche leisten könne. Die Kirche wird zu allen Zeiten vor der Aufgabe stehen, in einer gegebenen Situation zu reflektieren, zu erproben, aber auch öffentlich zu zeigen, was ein „guter Wandel“ ist (1. Petrus 2, 12, 15; Matthäus 5, 16; Römer 12, 1 ff.).

Die Bedeutung von Kritik und Kreativität

Deshalb muß auch auf die mit dem Freiheitsspielraum eng zusammenhängende Bedeutung von Kritik

und Kreativität sowohl in der Kirche wie im öffentlichen Bereich hingewiesen werden. Eine „formierte Gesellschaft“, die Verwaltung von Bildung und sozialer Not, eine kirchliche Vollversorgung oder ein Netz sozialer Sicherungen tendieren dahin, Selbsterhaltung als Problemlösung auszugeben und die Zukunft den eigenen Erfordernissen und Möglichkeiten anzupassen. Kritik erscheint dann als subversiv, potentiell zerstörerisch, im harmlosesten Fall als illusionär und undankbar. Kreativität wird zur Spielwiese für Spinner. In einer vergehenden Welt, in welcher unser Leben unübersehbar ein Ende hat, die aber zugleich unter der Verheißung einer neuen Schöpfung steht, welche in Christus begonnen hat, kann eine solche Tendenz nur als unwirklich und unchristlich, ja als unmenschlich gelten.

Es ist eine Aufgabe der Christen und eine Chance wiederum gerade der Akademiearbeit, sowohl Kritik wie Kreativität Raum zu geben, um der Wirklichkeit zu ihrem Recht zu helfen. Sie wird die notwendige Funktion solcher Kritik, von welcher Seite sie auch komme, wie auch die der Kreativität als Ausdruck christlichen Welt- und Menschenverständnisses immer wieder zu verdeutlichen haben. Dabei werden die Akademien häufig mit bestimmten positionellen Äußerungen in ihren Veranstaltungen identifiziert. Dieses Mißverständnis beruht aber gerade auf jener falschen Einschätzung von Kritik. Sie nimmt leider tendenziell zu. In Wahrheit geht es um die Kritik als Element eines Prozesses, in dem die Sache immer neu zu Gesicht kommen soll, die wir vorschnell durch unsere Bilder und Vorurteile in Besitz nehmen und zudecken.

Anwaltschaft für die Sprachlosen

Eines der großen Bildungsziele, aber auch Ziele der Politik ist die Emanzipation. Jeder soll sich selbst vertreten und durchsetzen können, sich entfalten, kirchlich gesprochen „mündig“ sein. Dennoch gibt es zahlreiche Menschen und Gruppen in unserem Lande, die sprachlos sind, deren Rechte nicht ausreichend vertreten werden, deren Probleme kaum bekannt sind und um die sich nur Spezialisten kümmern.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

Zu ihnen gehören beispielsweise Ausländer, Behinderte, psychisch Kranke mit ihren Angehörigen, viele ältere Menschen, wie auch zahlreiche leidende und mißhandelte Kinder.

Die Akademien haben, oft mit Erfolg, immer wieder versucht, diesen Menschen nicht nur betreuend zur Seite zu stehen, sondern sie in der Öffentlichkeit, gegenüber Behörden, Gesetzgebern oder Medien zu vertreten und ihnen zur Eigenvertretung ihrer Interessen zu verhelfen. Dabei sind die Akademien freilich ebensowenig wie die Kirche bloße Agenturen solcher oder anderer gesellschaftlicher Gruppen. So wenig die „Gemeinschaft der Heiligen“ mit der Kirche in unserem

Land gleichgesetzt werden kann, ist beispielsweise eine benachteiligte gesellschaftliche Gruppe die Gruppe der um Christi Namen willen Verfolgten. Das Neue Testament stellt weder das menschliche Leiden unter gesellschaftlichen Bedingungen noch das Sozialprestige oder den Machtbesitz unter seine Verheißung. Es spricht diese Verheißung vielmehr den um der alleinigen Furcht Gottes willen Freien und den um Christi Namen willen Verfolgten, das heißt den Christen in der Nachfolge zu. Erst in der Leidensnachfolge Jesu und in der Entäußerung von selbst erreichter Identität wird kritische Solidarität auch für diejenigen verheißungsvoll, denen sie in ihrer gesellschaft-

lichen Stellung gilt (Lukas 10, 28 ff.).

In diesem Sinne sind die Akademien als für sich selbst nicht interessierte Einrichtungen mit ihrem besonderen Kommunikationsnetz, ihrer Erfahrung und Personenkenntnis in besonderer Weise als „parteiliche“ Anwälte geeignet. Damit sie diese Rolle ausfüllen können, gilt jedoch für sie das Postulat der Unabhängigkeit und der Offenheit für alle gesellschaftlichen, politischen und kirchenpolitischen Richtungen wie auch der Freiheit von allen einseitigen politischen, wissenschaftlichen oder kirchenpolitischen Bindungen, wie dies in der Präambel der Satzung des Leiterkreises der Evangelischen Akademien niedergelegt ist.

Dank an Dr. Peter Egen

Liebe Leser!

Wie Sie wissen, ist der langjährige Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Dr. Peter Egen im Sommer dieses Jahres aus seinem Amt ausgeschieden, um einen verantwortungsvollen Posten in der Wirtschaft zu übernehmen. Nunmehr verläßt er auch den Schreibtisch des Redakteurs der Evangelischen Verantwortung.

Es ist gewiß nicht übertrieben, zu behaupten, daß die Evangelische Verantwortung durch Dr. Peter Egen das geworden ist, was sie heute ist: das Sprachrohr des EAK – und damit selbstverständlich auch der Unionspolitik – in einen Leserkreis hinein, der sich durch eine bewußte Verankerung in der evangelischen Kirche geprägt weiß. Schon die Initiative für das erneute Erscheinen der Evangelischen Verantwortung im Jahre 1969 ist maßgeblich von Dr. Peter Egen ausgegangen. Seither ist sie kontinuierlich mit jährlich 10 Ausgaben erschienen und hat einen stetig wachsenden Leserkreis angesprochen. Im Augenblick hat sie über 10 000 regelmäßige Bezieher, darunter allein 4 000 evangelische Geistliche und noch einmal 4 000 Kirchenälteste und Presbyter. Ohne den

unermüdlischen Einsatz ihres Redakteurs wäre das nicht zu erreichen gewesen.

Bei der Würdigung dieser Leistung darf vor allem nicht vergessen werden, daß sie – im Konzeptionellen wie im Technischen – von einem einzigen, meist von den sonstigen Pflichten seines Amtes ab an die Grenze belasteten Menschen erbracht werden mußte – als Anreger von Artikeln, die sonst so nicht geschrieben worden wären, als Terminmahner gegenüber selbst überlasteten Autoren, als Autor eigener Aufsätze und Berichte, als der für die Technik bis hin zum Umbruch Verantwortliche. Und das im Laufe eines Jahrzehnts bei über 100 Ausgaben der Zeitschrift!

Der Bundesvorstand und die Mitglieder des EAK haben allen Grund, Dr. Peter Egen für diese große Arbeit Dank zu sagen. Er bleibt der Evangelischen Verantwortung auch in Zukunft als Vorstandsmitglied erhalten, das der Bundesvorstand besonders mit Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit betraut hat.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Roman Herzog